

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertanrus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Werktag).
Bezugspreis: monatlich 8.60 Mark einschl. Postbeitrag
oder Bringerlohn.
Telefon Nr. 82. — Postcheckkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Sept. 1888 (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur Hans Antes,
Denz und Verlag der Firma Schindler'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. Lahn.

Anzeigenpreis: die gespaltenen 2-Millimeterzeile oder deren
Raum 70 Pf. Die 91 mm breite Reklamezeile 2.10 M.
Anzeigen-Ablaufnahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 135

83. Jahrgang

Limburg, Mittwoch, den 16. Juni 1920.

Die Versteuerung des Lebensunterhalts

Ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Auf vielen Gebieten ist die Kaufkraft des Volkes erschöpft und die meisten gehen vor der unumgänglichen Notwendigkeit, sich weitgehende Einschränkungen aufzuerlegen. Es gibt aber Dinge, die man unter keinen Umständen missen möchte und die man nicht entbehren kann, will man sich nicht Schädigungen aussetzen. Dazu gehört auch die **heimatische Zeitung**. Jede andere Zeitung kann eher entbehrt werden als das **Heimatblatt**, in dem nicht nur die großen und kleinen Ereignisse aus der Umgebung gesammelt und mitgeteilt werden, sondern auch alle Verordnungen und Bekanntmachungen enthalten sind, die die eigene Wirtschaft und Haushaltung angehen. Der **"Amtliche Teil"** des **"Limburger Anzeiger"** ist darum ein rechtes Merkblatt sowohl für den Staats-, Kommunal- und Gemeindebeamten, wie für jeden Familienvater und Haushaltungsvorstand. Er bildet eine wesentliche Ergänzung zu den Nachrichten aus dem **politischen Leben**, die hente jeden Staatsbürger, Mann und Frau, interessieren. Der **"Limburger Anzeiger"** stützt sich auf eine rasche und genaue Berichterstattung, die durch politische und wirtschaftliche Artikel aus berufener Feder eine vortreffliche Erläuterung erfährt. Daneben kommt auch das Gebiet der Unterhaltung zu seinem Recht. Ihm dienen die vermischten Abhandlungen und Beiträge aus aller Welt, die reichhaltige Samstagsbeilage und der **Romanteil**, in dem in den nächsten Tagen mit dem spannenden Roman **"Lodernde Liebe"** von Erich Ebenstein begonnen werden wird.

Bewahrt Euch Eure Heimatpresse!
Bestellt den „Limburger Anzeiger“.

Die Regierungskrise.

Trimborn verhandelt mit der Sozialdemokratie.
Der mit der Kabinettbildung beauftragte Herr Trimborn setzte sich zunächst mit den Unterhändlern der Sozialdemokratie, den Herren Müller und Löbe, in Verbindung und fragte sie, wie der **"Vorwärts"** berichtet, ob sie einer nach rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Zentrum darin die Führung übernehme. Nach der Verneinung wendete er sich einer zweiten Kombination zu, die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei 243 Mandate umfassen würde. Herr Löbe erwiderte, daß die sozialdemokratische Fraktion auch hieran nicht teilnehmen könne. Herr Müller fuhr darauf aus, eine von solch geringer Mehrheit getragene Regierung werde nicht mit der nötigen Autorität nach Spannen können. Darauf erwiderte Trimborn, es gebe eine dritte Möglichkeit: ein Block der Mitte, aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei bestehend. Er könne zwar nur 188 Abgeordnete aufnehmen, vielleicht aber auf wohlwollende Neutralität der Nachbarparteien rechnen. Die Sozialdemokratie wünsche doch auch ein regierungsfähiges Kabinett und dürfe eine solche Regierung nicht schroff ablehnen. Sie könne ja einen Fachminister als Sicherheitswache im Kabinett zurücklassen. Ein allen genehmer Reichskanzler sei vielleicht in Herrn Fehrenbach zu gewinnen. Besonders vertreten Vertreter des Großkapitals und des Alldeutschen Bundes würden in einem solchen Kabinett nicht enthalten sein. Da die sozialdemokratische Koalition zu einer solchen Kabinett noch nicht Stellung genommen hatte, mußten ihre Vertreter, wie der **"Vorwärts"** berichtet, ihre Stellungnahme vertragen. Genosse Müller habe aber im voraus versichert, daß eine solche Koalition von der sozialdemokratischen Fraktion nach ihren Taten beurteilt werden müsse, und jeder Vertrag, auswärtige Politik nach dem Rezept der Deutschen Volkspartei zu treiben, aufs schärfste bekämpft werden müsse. Der **"Vorwärts"** überschreibt seinen Bericht **"Keine Aussicht auf Lösung"** und sagt: Auch der weiter abliegende Plan, die Koalition aller bürgerlichen Parteien noch einmal in Erwägung zu ziehen, wird kaum größere Aussicht auf Erfolg haben.

Hessenrath nimmt die Wahl in Hessen-Nassau an.
Braunschweig, 14. Juni. (WTB.) Nach den **"Braunschweiger Neuesten Nachrichten"** teilte Dr. Hessenrath der Parteileitung der Deutschen Nationalen Partei in Braunschweig mit, daß er auf Grund bestimmter Erwägungen innerhalb der Parteileitung sich entschlossen habe, die auf ihm gefallene Wahl in Hessen-Nassau anzunehmen. Dadurch treten in den Wahlkreisen Braunschweig, Süd-Hannover und Hamburg Erstwählerkandidaten an die Stelle Hessenraths.

Landtagswahlen in Mecklenburg

Roßd. 14. Juni. (WTB.) Vorläufiges Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten mit Ausnahme des ausstehenden Ergebnisses von Dömitz: Deutschnational: Volkspartei 42 909, Deutsche Volkspartei 43 379, Wirtschaftliche Vereinigung 13 072, Demokraten 15 162, Mehrheitssozialisten 77 230, Unabhängige 29 029, Kommunisten 1004. Demnach entfallen voraussichtlich auf die Mehrheitssozialisten 15, die Deutschnationalen 9, Deutsche Volkspartei 9, Unabhängige Sozialisten 6, den Wirtschaftsbund 3, Demokraten 3, und die Kommunisten kein St.

Politischer Mord?

Aus München wird berichtet: Im Mühlenschanal an der Tivolimühle im Englischen Garten wurde gestern früh der Schuh Johann Meyer vom Reichswehr Schützenregiment Nr. 41 gefeuert als Rechte angesunden. Der Mann schaut einem politischen Nachschlag zum Opfer gefallen zu sein. Er war im Wahlkampf als politischer Zielpaß verwant worden und hatte vor seiner Ermordung anhendende spartätschische Seite, verschiedene Drohbriefe erhalten, in denen ihm der Tod angekündigt wurde. Die Untersuchung der Angelegenheit ist im Gang.

Auskehr!

Gegen das Anwachsen des Verwaltungsdapparats
wenden sich nun, wie die **"Vossische Zeitung"** mitteilt, die Behörden. In demselben Maße, wenn nicht in schnellem als die Kriegsstellen und Kriegsgeellschaften "abgebaut" werden, wählt der Apparat der behördlichen Verwaltung, insbesondere der Zentralstellen, im Reich wie in Preußen, gerade in letzter Zeit hat dieses kaum noch zu überbauen. Wachstum so bedenklich zugenommen, daß endlich ernsthafte Maßnahmen dagegen erwogen werden. Ein paar Beispiele mögen die Gefahren zeigen, um die es sich handelt. Das preußische Ministerium des Innern, eine derjenigen Zentralstellen, die noch am besten arbeiten, zählte bis zum November 1918 13 vortragende Räte, etwa 30 expedierende Sekretäre und insgesamt etwa 60-70 Räte und Unterbeamte. Die Zahl dieser Beamten hat sich wenig vermehrt, wie ja auch der Umfang der Geschäfte im wesentlichen unverändert geblieben ist. Neu: hinzugezogen in das Ministerium sind nur etwa 40 Schreibmaschinen, so daß dort heute nicht nur jeder Referent, sondern schon jeder Sekretär eine eigene Schreibmaschinenkraft zur Verfügung hat. Aehnlich, ja noch charakteristischer, liegen die Dinge bei anderen Ministerien. Das frasslose Beispiel aber bietet das Reichswirtschaftsministerium. Als das Reichswirtschaftsamt, wie es damals hieß, im Jahre 1917 vom Reichsamt des Innern abgetrennt wurde, bestand das gesamte Personal einschließlich der mittleren und unteren Beamten aus 90 Räten. Auch davon wurde im Jahre darauf bei der Neugründung des Reichsarbeitsministeriums die Hälfte fortgenommen. Zwischen aber, in den nicht ganz zwei Jahren, hat sich der Beamtenstab allein des Reichswirtschaftsministeriums von etwa 40 auf 1600 Räte vermehrt (!) und dazu kommen nun noch — sage und schreibe 500 Stenotypistinnen, so zwar, daß in dem ehemaligen **"Hotel Cumberland"** jeder einzelne Referent zwei, zum Teil sogar drei Schreibmaschinen für sich hat, zwei für die Vormittags-, eine für die Nachmittagsstunden! Es liegt auf der Hand, daß die tatsächliche Leistung eines solchen Apparats zu der aufgewandten Kraft und zu den aufgewandten Geldern in keinem Verhältnis stehen kann, namentlich dann nicht, wenn man bei allen Teilen und Teilen dieses Apparats volle Leistungsfähigkeit voraussetzt. Das Reichswirtschaftsministerium allein würde ja sonst das Reich zu Tode verordnen und regieren. Gegen diese typischen Beispiele der **"Abberorganisation"** soll nun, wie gesagt, eingeschritten werden. In parlamentarischen Kreisen namentlich auch in solchen, die zu der bisherigen Regierungsmehrheit gehören, ist man entschlossen, das Budgetrecht des Parlaments künftig strenger aufzufassen und zu handhaben und bei der ersten Gelegenheit, den Abdruck auch dieses, sich zum **"Wasserloß"** auswachsenden Apparats zu verlangen. Unter anderem wird die Schaffung einer besonderen Instanz erwogen, die mit diktatorischer Gewalt ausgestattet, das unbeschränkte Recht erhalten soll, Befreiungen und Verminderungen in den verschiedenen Verwaltungen nach vorausgegangener Prüfung nicht nur zu beantragen und zu befürworten, sondern auch aus eigener Machtvolkommenheit durchzuführen, und die dann bereits den Kabinetten wie der Volksvertretung verantwortlich sein müßte.

Wiederbelebung der Schuhproduktion durch Reichsaufträge.

Berlin, 14. Juni. Der Wirtschaftsberatung beim Reichswirtschaftsministerium beriet fürglich über die Maßnahmen, die zur Vermeidung der Stilllegung von Betrieben getroffen werden müssen. Besonderes Interesse beanspruchte ein Bericht des Staatssekretärs Hirsch, der aussöhnte, daß die Stilllegung der Birmensdorfer Schuhfabriken keineswegs auf Unternehmensfaktoren zurückzuführen sei, sondern tatsächlich durch die augenscheinlichen Verhältnisse bedingt werde. Um Wegen zur Hilfe müßten ins Auge gefaßt werden. Von dem einen, die Schuhproduktion freizugeben, müßte man jedoch absiehen, weil der Reichsberatung bei weitem noch nicht gedacht sei. Die zweite Möglichkeit, die augenscheinlich werden müsse, liege darin, die Schuhindustrie durch Aufträge des Reiches zu unterstützen. Als vorläufige Regelung habe man in Aussicht genommen, durch die Schuhindustrieversorgung größere Posten Schuhe

wieder abzunehmen und zu billigen Preisen an die Gemeinden konsumvereine usw. abzugeben. Die Sonderregelung würde mit Hilfe aller beteiligten Instanzen auch unter Heranziehung der Mittel der produktiven Gewerbeleistungsförderung geregelt werden. Die in Aussicht genommenen Abgabepreise der Fabriken für Herrenstrahnenstiefel mit etwa 120 bis 125 M. das Paar, für geringere Qualitäten wesentlich billiger, würden eine entsprechend billige Abgabe durch Gemeinden und Konsumvereine ermöglichen und so einerseits die Abnahme erleichtern, andererseits auf das allgemeine Preisniveau für Schuhe eine Wirkung ausüben und so auch den jetzt stockenden Absatz beschleunigen. Die Fabrikanten verpflichten sich, sobald diese Aufträge erteilt sind, die gleichen Mengen sofort in Arbeit zu geben, um ein längeres Stilllegen der Betriebe zu vermeiden. Man hofft auf diese Weise auch den anderen mit Stilllegung bedrohten Industrien ein Beispiel zu geben, wie man die Stilllegung vermeiden kann.

Der Schiedsspruch zwischen Arzten und Krankenkassen.

Dresden, 14. Juni. (WTB.) Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen teilt mit: Der Schiedsspruch im Arztesstreit ist von den Krankenkassenverbänden mit der Bedingung angenommen, daß Mindest- und Höchstsätze für die Pauschabrechte des Arztes festgesetzt werden. Zentrale Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stehen bevor. Bis zur endgültigen Einigung bleibt der vertraglose Zustand bestehen.

Italiens Forderungen.

Rom, 14. Juni. (WTB.) Nach Mitteilungen der **"Agenzia Stefani"** beläuft sich die von Italien für die Wiedergutmachung geforderte Summe auf 66 Milliarden Lire. Italien beabsichtigt, diese Summe den Alliierten bei der Diskussion über die Verteilung der durch Deutschland zu zahlenden Summe mitzuteilen.

Deutsche Lieferungen.

Paris, 14. Juni. (WTB.) Die Wiedergutmachungskommission teilt über den gegenwärtigen Stand der Kohlen- und Viehlieferungen Deutschlands laut Vertrag mit, daß erhalten haben am 31. Mai an Koblenz: Frankreich 4 686 042 Tonnen, von denen 406 000 Tonnen von Luxemburg abgetreten wurden, Italien 316 063 Tonnen und Belgien 98 553 Tonnen; Vieh: Frankreich 6547 Pferde, 49 720 Stück Rindvieh, 67 476 Schafe, 7875 Ziegen, Belgien 3116 Pferde, 43 489 Stück Rindvieh, 32 644 Schafe, 6140 Ziegen und 28 3394 Stück Geflügel.

Die französische Verbrecher-Soldateska in Gleiwitz.

Beuthen, 14. Juni. (WTB.) In Gleiwitz wurde der laufmännische Beamte der Hedschinherrschaft Buchwald von zwei französischen Soldaten um Feuer gegeben. Er entprach dem Verlangen. Als er die Hand ausstreckte, um die Streichholzer zurückzuhalten, wurden die Franzosen tödlich und bearbeiteten Buchwald mit Seitengewehren und Fußtritten, so daß er bewußtlos liegen blieb und — anscheinend mit inneren Verletzungen — ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Polnische Musterungen in Westfalen.

Bochum, 14. Juni. Wie das **"Vossische Blatt"** meldet, wurde in Herne eine polnische Versammlung ausgelöst die als politische Versammlung angemeldet und genehmigt war, in der aber eine Musterung für die polnische Armee stattfand. Ein Arzt untersuchte etwa 400 anwesende Männer. Nicht nur aus Herne, sondern auch aus dem weiteren Industriegebiet waren die Leute erschienen. Einladungen zu dieser Musterung sollen sogar nach Oberhausen, Duisburg, Mülheim und anderen Orten ergangen sein. Sämtliches Material, vor allem die Waffen, wurden beschlagnahmt.

Unsere Kriegsgefangenen in Frankreich.

Das Centralomitee der Deutschen Freiheit vom Roten Kreuz teilt mit, daß sich in Frankreich alles in allem noch etwa 450 Kriegsgefangene befinden, die uns durchweg namentlich bekannt sind. Von diesen befinden sich etwa 430 im Spezialdepot Avignon, die übrigen in Untersuchungs- und 2 als nicht transportierbar im Lazaret. Außer dem Lazaret Avignon gibt es weder in Frankreich noch in den Kolonien deutsche Gefangenenzäle.

Die Verteidigung des deutschen Konsulats in Täbris.

Paris, 14. Juni. Nach einer Meldung der **"Times"** aus Teheran soll das deutsche Konsulat in Täbris noch immer belagert werden.

Neuwahlen in Österreich.

Wien, 14. Juni. (WTB.) In der Sitzung des Hauptausschusses ergab sich aus den Erklärungen aller Redner die übereinstimmende Meinung, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Fortdauer der gegenwärtigen Nationalversammlung nicht mehr möglich sei. Demgemäß wurde einstimmig beschlossen, die nötigen Gesetzesvorlagen betreffend Auflösung der konstituierenden Nationalversammlung und die Durchführung der Neuwahlen unverzüglich ausarbeiten zu lassen. Die Beratungen über die Bildung der Regierung werden in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses fortgesetzt.

Italienische Schmerzen in Albanien und daheim.

Mailand, 14. Juni. Die italienischen Truppen zogen sich aus Dulcigno und Antivari zurück, von den Serben hart bedrängt; man vermutet, daß auch Giovanni di Medina sich nicht mehr lange halten läßt. Skutari ist so gut wie belagert.

Die Verproviantierung der italienischen Armee durch Lastautomobile begegnet Schwierigkeiten. Die von Alessio abmarschierenden italienischen Kolonnen wurden von den Menschen angegriffen; unter den Toten befindet sich ein Bassaioskommandant. Die militärischen Ereignisse in Albanien beginnen eine bedrohliche Rückwirkung auf die innerpolitische Lage in Italien zu nehmen. Der „Avanti“ veröffentlicht einen Protest der sozialdemokratischen Parteileitung, in dem die sofortige Räumung Albaniens gefordert wird. Am Dienstag wird eine Zusammenkunft mit den Vertretern der Eisenbahner und Seeleute stattfinden, in der die Verhinderung der Truppentransporte organisiert werden soll. Gleichzeitig gehen aber die Nationalisten daran, Freiwillige zum Schutz der Transporte nach Albanien anzuwerben.

Räumung italienischer Garnisonen in Albanien.

Rom, 14. Juni. Stefani. Die italienische Besatzung von Tepeini sich in Anbetracht der Verpflegungsschwierigkeiten den Ausländern ergeben müssen. Die Garnison von Dasotai wird das gleiche Schicksal ereilen.

Polnische Siege und — Rückzüge.

Warschau, 14. Juni. (WTB.) Nach dem polnischen Heeresbericht vom 13. Juni dauert an der Nordfront die lebhafte Kampftätigkeit an. Die polnischen Abteilungen, die an verschiedenen Stellen vorgingen, um günstigere Verteidigungslinien zu erreichen, hatten überall ungewöhnlich heftigen Widerstand des Feindes zu brechen. In der Polesie erlitt der Feind bei dem Versuch, die polnische Front bei Glibow zu durchbrechen, eine empfindliche Schlappe. Einer feindlichen Abteilung von 1000 Mann, der es gelungen war, auf die rechte Seite des Dnjepr zu kommen, wurde durch einen Gegenangriff polnischer Truppen der Rückzug abgeschnitten; sie wurde völlig vernichtet. In der Ukraine zieht sich die Armee des Generals Rydz-Smigly in voller Ordnung zurück.

Die Einnahme Kiews durch die Bolschewisten.

Amsterdam, 14. Juni. (WTB.) Eine drablose Moskauer Meldung besagt: Die toten Truppen belagerten Kiew. Vor der Räumung sprengten die Polen die Kathedrale, die Eisenbahnstationen, die Elektrizitätswerke und die Wasserleitung. Diese Mahnung, die durch keinerlei militärische Notwendigkeit zu begründen ist, hat die Stadt der Gefahr schwerer epidemischer Krankheiten ausgesetzt.

Ungarische Widerwärtigkeiten.

Hächliche Nachrichten bringt die „Agence Centrale“ aus Wien: Dort verursacht es begleitlicherweise grohe Enttäuschung, daß die tschechischen Grenzbehörden einen aus Sachsen zurückkehrenden Zug mit Wiener Kindern in Bodenbach anhielten und den Kindern ihre Ihnen von den Pflegeeltern für die Heimfahrt geschenkten Lebensmittelportionen trotz dem Einspruch der Begleitpersonen konfiszierten! Man kann an die Richtigkeit dieser Meldung kaum glauben, da es unfahbar erscheint, unschuldige Kinder zu Opfern politischer Meinungsunterschieden zu machen.

Sondergerichte für England.

Haag, 14. Juni. Die britische Regierung hat beschlossen, für Irland einen Sondergerichtshof einzuführen zur Aburteilung von Sumpfelnern. Die Regierung fühlt sich dazu gezwungen, da die irischen Geschworenen jeden Irren freisprechen, auch wenn das Vergehen erwiesen ist.

Die Verwaltung Palästinas.

Amsterdam, 14. Juni. (WTB.) Aus New York wird gemeldet: Herbert Samuel gab eine Erklärung über die Richtlinien ab, die er bei der Übernahme des Amtes eines Oberkommissars für Palästina zu befolgen gedacht. Danach soll die bisherige Militärverwaltung durch eine Zivilverwaltung ersetzt werden, wobei die höheren Posten von ländlichen englischen Beamten besetzt werden sollen, während die unteren Posten für Angehörige der örtlichen Bevölkerung ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis offenstehen.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 16. Juni 1920.

** Personalien. Ernannt wurden bei der hiesigen Verpflegungsstelle mit Wirkung vom 1. 4. 20 zu Silzfelden: die Herren Schmitz, Gottlieb, Hilgenberg und Moosberger, zu Assistenten: die Herren Nocke, Appel, Noeding, Schilling und Stiller.

Die Söhne des Senators.

Novelle von Theodor Storm.

(Nachdruck verboten.)

Ein neues Jahr hatte begonnen und der Prozeß zwischen den beiden Brüdern war in vollem Gange. Der Herr Vetter Kirchenpräbist und der Onkel Bürgermeister hatten sich vergebens als Vermittler zum gütlichen Austrag angeboten; vergebens hatte der letztere gegen den jungen Senator hervorgehoben, daß „strafte seines tragenden Amtes, abseiten des Anschlusses der Familie“, die Augen der ganzen Stadt auf ihn gerichtet seien; denn darin schienen die Streitenden stillschweigend einverstanden, daß das Wohl der Güte nur fern von fremder Einmischung von dem einen zu dem anderen gehen könne. Aber freilich, dazu gab keiner von ihnen die Gelegenheit! Der notwendige geschäftliche Verkehr wurde schriftlich fortgesetzt, und eine Wenge Zettel: „Der Bruder wolle gelieben“ oder „Dem Herrn Bruder zur geselligen Unterweisung“ gingen hin und wieder.

Die kleine Seestadt in allen ihren Kreisen hatte sich nicht müde an diesem unerhörten Fall gesprochen und das Gespräch, wenn irgendwie der Stoff zu anderem ausging, wurde noch immer mit Begierde wieder aufgegriffen. Vollständig munter aber, trotz der Winterkälte, erwies es sich draußen auf der Besatzung der Frau Nachbarin Lips. Diese und Frau Antje Möllerin wünschten jetzt nicht nur mit ihren Köpfen, sondern mit beiden Armen und dem ganzen Leibe nach dem Senatorshause hinüber. Aber in dem letzteren war freilich mittlerweise auch noch ein ganz Besonderes passiert: ein Sohn war dort geboren worden, und Herr Friedrich Tövers hatte ja für solchen Fall Gevatter stehen sollen!

Die junge Frau Senatorin ließ indessen schon wieder flin von der Wiege ihres Kindes treppunter nach der Küche und noch flinker von der Küche treppauf nach ihrer Wiege als eines Morgens Herr Christian Albrecht, nachdem er erst soeben vom gemeinschaftlichen Kaffeeetische in sein Konto gegangen war wieder zu ihr in das Wohnzimmer trat. „Christine,“ sagte er zu seiner immerhin noch etwas

„Milchstreit in Wiesbaden. Aus Wiesbaden wird dem „Mittagblatt“ geschrieben: Der Milchstreit der Bauern im Landkreis Wiesbaden geht weiter. Die Bauern verharren auf ihrer Forderung von 2 Mark das Liter ab Stall, während sie sich überall mit 1,50 Mark zu streden gegeben haben. Die Stadt gibt, obwohl sie den Preis von zwei Mark zahlen will, nicht nach, um die Staatsautorität zu wahren, denn die Regierung hat die Zahlung dieses Preises verboten. Die Stadtverwaltung hat es ermöglicht, daß nicht nur die Säuglinge, sondern jetzt auch die Kinder im 3. und 4. Lebensjahr Milch erhalten und die Polizei bekämpft den Schleichhandel mit Milch und Butter auf das energischste. Die Bauern haben nämlich angekündigt, daß sie bei Hinwegsetzung über alle Verbote direkt an die Milchgeschäfte in der Stadt liefern werden, die ihnen den Preis von 2 Mark aufgesetzt haben. Der Oberpräsident in Kassel ist ersucht worden, für die Beschaffung der zur regulären Versorgung noch fehlenden 2000 Liter dringend zu sorgen, da gerade der Kasseler Bezirk Überfluss an Milch habe. Die Strafanzeigen gegen die renitenten Bauern seitens der Staatsanwaltschaft gehen bereits in die Hunderte.

(—) **Wanderlust.** Die von dem Wandausschuß des Allgemeinen Eisenbahn-Vereins Limburg festgelegte zweite Wanderung erstreckte sich am Sonntag nachmittag in einer Holztagesfahrt (3/4 Stunden) von hier über Freienfeld durchs Wiesbaden in Verbindung der alten Mainstraße und Schönbornerstraße nach Schloß Hohensolms. Die gesunde Aufenthaltszeit im schattigen Wald, wo Erdbeeren und Heidelbeeren gesucht und gefunden wurden, zumal aber die angenehme Rast auf der reizvollen Burg Hohensolms gestalteten den Ausflug sehr schön. Eine wohlgelegene photographische Aufnahme blieb ein freundliches Erinnerungsstück. Die Rückreise erfolgte abends 8.44 von Zollhaus aus mit der Bahn. Wie der Vereinsvorsitzende, Herr Regierungsrat Wilke, der an der Wanderung auch teilnahm, mitteilte, ist in etwa 4 Wochen eine größere Tageswanderung in Aussicht genommen, wobei ab Dornhöfen ein Teil des Jamertals, dann das Hohlbachtal bis Singhofen und von da das überaus reizvolle Mühlbachtal bis Nossau durchwandert werden soll. Bei dieser Wandsfahrt ist eine dreistündige Rast unterwegs vorgesehen.

** Ein Rüttung der Zuckerration. Von dieser schmerlichen Tatsache macht eine Bekanntmachung im amtlichen Teil dieser Nr. d. Bl. Mitteilung. Der geringe Ertrag der Zuckerrüte im Jahre 1919 verzeigt das Landwirtschaftsministerium in die Notwendigkeit, den Kommunalverbänden für die nächsten vier Monate, also bis Oktober, nur die Zuckermenge zu überweisen, die bisher für drei Monate zur Ausgabe gelangte. Daß diese Einschränkung gerade in der Einnahmzeit eintreten muß, macht sie besonders schmerlich. An Brotaufzehrten waren die meisten Familien schon in den letzten Jahren sehr arm, dieser Notstand kann sich also noch weiter verschärfen, wenn weniger eingespart werden kann. Hoffentlich ist das nicht ein neuer Anreiz für die Marmeladeindustrie, der die Produktion jetzt freigegeben ist, wie wir unten berichten, uns das teure „Schmieratol“ nun besonders hoch im Preise anzuzeigen.

** Freier Handel mit Marmelade. Die Zwangsbewirtschaftung der Marmelade ist nun mehr aufgehoben; und damit auch die Höchstpreise, die bisher 6,20 Pf. für das Pfund im Kleinhandel betrugen. Im freien Handel dürfte die Marmelade jetzt zu erheblich billigerem Preise je nach Qualität, zu haben sein. Es ist nun die Gefahr vorhanden, daß durch Inverkehrbringen minderwertiger Marmelade das Publikum überzeugt wird. Bisher war vorgeschrieben, daß die Marmelade 50 Prozent Zucker enthalten müsse, nun mehr ist aber den Fabrikaten freigestellt, auch Marmelade mit geringem Zuckergehalt auf den Markt zu bringen. Ein Teil der Marmeladefabriken hat sich dahin geeinigt, Marmelade mit weniger als 40 Prozent Zuckergehalt nicht herzustellen. Immerhin ist zu befürchten, daß Ware mit geringem Zuckergehalt und mit oder ohne Verwendung von Süßstoffen in den Verkehr kommt und unter Ausnutzung der Konjunktur zu höheren Preisen als angemessen, verkauft wird. Dabei ist zu bemerken, daß das rohe Obstmark, das zur Herstellung von Marmelade bestimmt ist, in den Fabriken mit etwa 50 Pf. je Zentner zu Buche steht. Den zur Herstellung nötigen Zucker müssen die Fabriken mit 8 Pf. Pfund bezahlen. Unter Zugrundeziehung dieser Selbstkostenpreise und der Herstellungskosten kann also eine recht gute Marmelade schon für 4 Pf. im Kleinhandel verkauft werden. Die Preisprüfungsstellen sind angewiesen, die Verhältnisse im Marmeladehandel dauernd zu beobachten.

bläßlichen Chädelsten, „Bist du heute schon draußen auf unserem Steinbüh gewesen? — Nicht? — Nun, so alteste dich nur nicht, wenn du dahin kommst!“

„Um Gottes willen, es hat doch kein Unglück gegeben?“ tief die junge Frau.

„Nein, nein, Christine.“

„Aber ein Malheur doch, Christian Albrecht; du bist selber astier!“

Ein Lächeln lag über sein freilich ungewöhnlich ernstes Gesicht. „Ich denke nicht, Christine; aber komm nur mit und sieh selber!“

Er sah ihre Hand und führte sie über den Hausschlüter in die große Schreibstube. Der jüngere Konsistorialrat war nicht zugegen; der alte Friedeböhm stand neben seinem Schreibtisch am Fenster und nahm eine Brille nach der anderen. Auch Frau Christine lag jetzt in den Hosen hinaus, fuhr aber gleich darauf mit der Hand über ihre Augen, als gäte es dort ein Spinnengewebe fortzuwischen. „Um Gottes willen, was ist das, Friedeböhm? Was machen die Leute da auf Bruder Friedrich Hof? Die Mauer ist ja auf einmal fast um zwei Fuß höher!“

„Frau Prinzessin,“ sagte der Alte, „das sind Meister Hanlens Leute; seien Sie, dort kommt schon einer mit der Kelle!“

„Aber, was soll denn das bedeuten?“

„Run“ — und Monsieur Friedeböhm nahm wieder eine Brille — „Herr Friedrich lädt wohl ein paar Schuhe höher mauen.“

„Aber, Christian Albrecht,“ und Frau Christine wandte sich lebhaft zu ihrem Mann, der schweigend hinter ihr gestanden hatte, „geschieht denn das mit deinem Willen?“ Herr Christian Albrecht schüttelte den Kopf.

„Aber die Grenzmauer; sie gehört doch uns gleichwohl, wie kann sich Friedrich so etwas unterstellen?“

„Mein Schatz, die Mauer steht auf Friedrichs Grund und Boden.“

Die Augen der kleinen Frau funkelten.

„O, das ist schlecht von ihm, das hätte ich ihm nicht zugetraut; er hat ein hartes Herz!“

Die Wahlen zum Kommunallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden werden in Kürze in den einzelnen Kreisen vorgenommen werden. Der Regierungsbau ist in 73 Wahlbezirke mit eben so viel Abgeordneten eingeteilt. Dazu gehören 10 Abgeordnete im Kreis Niedersachsen, Wahlbezirk 1—3, drei Abgeordnete, im Kreis Wiedenbrück, Wahlbezirk 4—6, drei Abgeordnete, im Oberwestenwald und Westerburg, Wahlbezirk 7—10, je zwei Abgeordnete, in dem Kreis Unterwestenwald, Wahlbezirk 11—25, je zwei Abgeordnete, in dem Kreis Rheingau, Wahlbezirk 26 und 27, vier Abgeordnete, in den Kreisen Unterlausitz und Umlaupus, Wahlbezirk 28—35, je zwei Abgeordnete, in dem Kreis Orla, Wahlbezirk 36—38, drei Abgeordnete, im Kreis Höchst a/M., Wahlbezirk 39—42; vier Abgeordnete, in Wiesbaden Stadt, Wahlbezirk 43—48, sechs Abgeordnete und Frankfurt a/M., Wahlbezirk 49—53, fünfzehn Abgeordnete. Ja Frankfurt a/M. hat die Wahl bereits abgehalten. Unter den gewählten befinden sich zum erstenmal der neuen Zeit Rechnung tragend zwei Damen. Auch Stadtrat Woell, der in Aussicht genommene Landeshauptmann von Nassau, ist auch gewählt. Sollte Woell aus der Wahl Landeshauptmann hervorgehen, so kann er das Abgeordnetenmandat bestimmt gemäß beibehalten. Der frühere Landeshauptmann Satorus hatte als solcher den einen Wahlbezirk des Oberwestenwaldes als Mitglied des Kommunallandtags vertraten. In dem verflossenen Kommunallandtag waren 14 Abgeordnete. Mit Ausnahme der Städte Wiesbaden und Frankfurt waren die ländlichen Kreise des Bezirks außer dem Kreis Unterwestenwald durch ihre Landräte vertreten. 29 Bürgermeister und Kreisdeputierte, Oberbürgermeister und Stadträte hatten seither Kommunalabgeordnete inne. Auch hierin dürfte die kommende Wahl der Abgeordneten bringen.

Die 15. Juni. (Fluchtversuch.) Die Freiheit wieder zu erlangen, versuchte am Samstag morgen ein vor wenigen Tagen ins bissige Zuchthaus verbrachter Sträfling. Es gelang dem sofort nachstehenden Aufseher mit Unterstützung eines Offiziers der Besatzungsarmee den Flüchtigen nach kurzem Wettkampf wieder einzufangen.

Herborn, 12. Juni. Bei der hier abgehaltenen Heuersteigerung auf der Herren- und Ochsenwiese wurde Preis erzielt, wie dies seit Menschengedenken nicht der Fall gewesen ist, trotzdem die Käufer nur das Heu grün und das Grünmett extra versteigert wird. Für das erbesten bezahlte Stück auf der Ochsenwiese wurde circa 2700 Pf. erzielt, während kleinere Stücke von 60—70 Ruten mit 50 bis 700 Mark bezahlt wurden.

Wiesbaden, 12. Jun. Im Walde an der Mainvergaste sich der neroenfarbene Arzt Dr. Maas. Die Lage wurde nach, der Kleider völlig beraubt, von Spaziergästen gefunden. — Am 5. und 6. Juli begeht der Verein nassauischer Land- und Forstwirte sein 100jähriges Jubiläum, das so das ihm gehörende landwirtschaftliche Institut auf die Gründung. Im Pauline Schlößchen und im Kurhaus sind akademische Feste geplant.

Kassel, 14. Juni. Die Schuhwarenhändler von Kassel haben gemeinsam beschlossen, die Preise für Schuhwaren erheblich herabzusehen.

Worms, 15. Juni. Ein Kirschenturm spielt auf dem hiesigen Markt ab. Die Händler, die die Kirschen zum Preis von 2,50 bis 2,80 Mark das Pfund verkaufen, waren gegenüber der Erregung, die sich der Käufer hierüber bemächtigte, vollkommen machtlos. Selbst die Schuhwarenhandlung konnte nicht verhindern, daß die Körbe aufgelöscht und umgeworfen wurden und die Marktbesucher sich in Taschen füllten. Mit lautem Gejohle setzte der Sturm die Kirschen nahezu nach an den einzelnen Verkaufsständen ein. Um der erbitterten Menge in ihrem Treiben Einhalt zu tun, nahmen Schuhleute den Verlauf der Kirschen zum Preis von 1 Mark für das Pfund vor, womit sich die Käufer zufrieden gaben. Körbe wurden nun in die Luft geschwungen, es wurde auf die Tische gesetzt, ein jeder danach trachtend, für sich einige Pfund Kirschen zu dem „zwangswise“ abgebaute Preis von 1 Mark zu erhalten. Es war kaum möglich, die in dem furchterlichen Gedränge ohnmächtig gewordenen Personenwegzutragen.

Herr Christian Albrecht, „das ist ja gerade, daß er noch immer sein altes, weiches Herz hat; er schamt sich nur, deshalb lädt er diese große steinerne Gardine zwischen ihm und seinem Bruder aufzuhängen.“

Die junge Frau blickte mit unverhohler Bewunderung auf ihren Mann.

„Aber,“ sagte sie fast schüchtern, und legte ihre Hand auf die seine, „wie wird er sich erst schämen, wenn er den Preis gewinnen soll!“

„Dann,“ erwiderte der Senator, „dann kommt mein Bruder zu mir, denn dann ist der böse Sohn geahmt. Das ich nicht red, Papa Friedeböhm?“ sagte er in munterem Ton hinzu.

„Ei, ei, Gott lenkt die Herzen,“ erwiderte der alte Mann, indem er seine Tasse in die Lüfte stieß und dafür die Tassen wieder in die Hand nahm, „aber beim wohligen Herrn Senator ist uns solcher Umstand im Geschäft nicht vorgekommen.“

Zwei Tage darauf hatte die Mauer schon eine beträchtliche Höhe erreicht, und noch immer wurde daran gearbeitet. Aus der Schreinstraße hinten war dergleichen nie gesehen worden und der kleine junge Kaufmannsgeselle konnte es nicht lassen, je um eine kleine Welle mit offenem Mund nach den Arbeitern hinzustarren. „Wusche Peters,“ sagt der alte Friedeböhm, „wolle er lieber in Seine Bilanzrechnung schauen! Es will sich für ihn nicht schiden, daß er sich über das neue Werk da draußen sich irgendwelche überflüssige Gedanken mache!“ Und der junge Mensch wurde über und über und lachte hastig seine Feder in das Tintenfass.

Aber auch Monsieur Friedeböhm selber konnte sich nicht enthalten, unterweisen über seine Arbeit wegzuschauen; die beiden Gesellen da draußen, insbesondere der Alte mit dem respektwürdigen langen Bart, wurden ihm mit jeder Stunde mehr zuwider. „Der struppige Alsyer!“ drummelte er sich hin, „mag wohl am Turm zu Babel schon getragen haben; wird aber diesmal auch nicht in den Himmel bauen.“

Beuthen, 14. Juni. Auf der Julianhütte kam es zur Arbeitseinstellung infolge eines Streites mit den Beamten über Verhöle gegen das Betriebsrätegesetz. Es ereigneten sich schwere Ausschreitungen. Einige Beamte wurden von der Arbeitsschafft tatsächlich angegriffen und verletzt. Später soll die Arbeit wieder aufgenommen worden sein.

Baranau 14. Juni. (W.T.B.) Während der Aufführung von "Aida" platzte im Nationaltheater eine Bombe im Augenblick, als Caruso sang. Es entstand eine große Panik, bei der es mehrere Verwundete gab. Caruso erlitt im Theaterkostüm sein Hotel.

Bollstreites Todesurteil.

München, 14. Juni. Das in dem Geselldmordprozeß gegen den Mägler Heinrich Wallershausen vom Volksgericht ausgesprochene Todesurteil ist, nachdem der Ministerrat es am Sonntag offiziell bestätigt hatte, heute vormittag 9 Uhr durch Todesstrafe vollstreckt worden.

* Eine Partei der "besseren Damen". Für die Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen ist unter anderem auch die Vorschlagsliste einer "Kommunalen Frauenpartei" eingereicht worden die mit dem Namen des vor kurzem aus der deutsch-nationalen Volkspartei ausgeschiedenen Fräulein v. Sicht beginnt und angeblich völlig unpolitisch sein soll. Wie eine Lokalcorrespondenz mitteilt, sieht sich die Partei aus "Damen der besseren Gesellschaftsschichten aus dem Berliner Westen und den westlichen Vororten" zusammen.

* Schonzeit für Tiger. Die niederländischen Behörden auf Sumatra hatten vor längerer Zeit eine Verfassung erlassen, die die Jagd auf den Tiger streng verbietet. Die Gründe für diese auf den ersten Blick bestremdliche Maßnahme sind in der Notwendigkeit zu suchen, die Oelpalme, die die Hauptnahmestelle der Bevölkerung Sumatras bildet, zu schützen. Sumatra hat einen übergrößen Bestand an Wildschweinen, die eine Vorliebe für Früchte der Oelpalme haben. Angeblich der durch die Palmenfülle des Landes bedingten vorzüglichen Ernährungsverhältnisse haben sich nun die Schweine in letzter Zeit so beträchtlich vermehrt, daß die Palmenzucht des Landes ernstlich gefährdet ist, denn die Tiere bearbeiten, um die Früchte zu erlangen, die Bäume mit den Hörnern so schädigend, daß sie eingehen. Eine Dämmung der gefährlichen Palmenzunge war daher gebotne Pflicht. Da nun der Tiger den Wildschweinen, deren Fleisch ihm ein besonders geschätzter Leckerbissen ist, nachstellt, so schien es eine gegebene Lösung des Problems, durch die Vermeidung der Tiger dafür zu sorgen, der Schweineplage zu begegnen. Beiderseit ist aber der Tiger nicht nur das Fleisch der Wildschweine, er verschmäht auch Schafe und Kinder nicht. Die von der Behörde dekretierte Schonung der Tiger läuft deshalb darauf hinaus, den Teufel durch Beelzebub aufzutreiben.

* Wieder eine neue Krankheit. immer wieder tauchen neue, geheimnisvolle Krankheiten auf. So hat erst dieser Tage der Pariser Arzt Darier einen sehr beachtenswerten Bericht über eine neue Krankheit veröffentlicht, die erst seit langer Zeit auftritt und in ihrem Verlauf schwere Gefahren in sich birgt, da sie sich gewöhnlich in Krebs zu verwandeln pflegt. Die Krankheit äußert sich zunächst durch blutunterdrückende, schuppende Flecken, die sich bald zu Schwämmen umwandeln. Wird nicht rechtzeitig operiert, so entstehen aus den Krankheiten Bildungen ähnlich bösartige Krebsegeschwüre. Jedenfalls ist die neue Krankheit, die man als Bowensche Dermatose bezeichnet, ein sehr unheimlicher Gast und ihre heimliche Bekämpfung, noch ehe sie sich weiter verbreitet, zweifellos eine sehr wichtige Aufgabe der modernen Medizin.

Kurzer Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 5. bis 11. Juni 1920.

Von den beiden gegenwärtig noch leistungsfähig gebliebenen Brotversorgern Europas, Nord- und Südamerika, droht auch das leichtere als Lieferant für Weizen verloren zu gehen. Schon wiederholte wurde aus Argentinien gemeldet, daß dort Betreibungen bestehen, die Regierung zu einem Ausfuhrverbot für Weizen zu veranlassen. Bisher war die Regierung diesen Bestrebungen nicht gefolgt, da sie selbst noch vor wenigen Wochen einen für die Ausfuhr überschüssigen Weizenvorrat von zirka 2 Millionen Tonnen im Lande ermittelt und geschätzt hatte. Um aber dem scharf verteuerten Einfluß der Ausfuhr auf die Weizenpreise entgegenzuwirken, hatte sie vor kurzem dem Senat einen Gleichentwurf vorgelegt, nach welchem der jetzige Ausfuhrzoll für Weizen auf 5 Dollar Papier für

Als gleich darauf Herr Christian Albrecht aus seinem Kabinett vertrat, daß er seinen Buchhalter sich mit dem Schneiden einer Feder mühen, die er immer näher an die Knie rückte. "Will's nicht mit den alten Augen, Papa Friedeböhm," sagte er freundlich.

Aber Monsieur Friedeböhm zauderte bedeutsam mit der Schulter nach der Knie draußen. "Herr Christian Albrecht, wie haben schon immer das Licht nicht fustement mit Schäfeln hingerhakt."

Der Senator warf einen Blick nach dem hohen Werke, an welchem die beiden Gesellen unter lustigem Singen noch immer weiter arbeiteten. "Ja, ja, Friedeböhm," rief er bestätig, "du hast recht! Das geht denn doch übers —"

"Lebendes Bohnenlied!" wollte er sagen, wo schon derzeit gar nichts darüberging; aber er schwieg plötzlich, da er auf den jungen Musch Peters sah, der wieder mit offenem Mund einen Punkt sah und ging, nachdem er eine geschäftliche Anordnung erteilt hatte, in sein Kabinett zurück.

Nach ein paar Stunden stieß Frau Christine ihr Brüder Röpfchen durch die Tür. "Darf man eintreten?" fragte sie.

"Komm nur!" erwiderte Herr Christian Albrecht von seinem Schreibtisch aus. "Was hast du auf dem Herzen?"

"Oh," und sie stand schon mitten in dem Stübchen und ließ ihre Blüte an der geschwärzten Decke wandern, — "ich wollte nur — aber Christian Albrecht, hier herrscht ja eigentlich Finsternis! Die schönen Spinnengewebe, die unsere Webe immer läßt, die können deine Spinnen nun

doch weiterweben! Und weißt du, das nahezu Ding — aber ich habe ihr auch einen tüchtigen Wischer gegeben — sie hat eben die Mauer mit ihrem Elbisenstiel gemessen; — aber ich muß noch meiner Else, sagt sie! Aber sieh nur, Christian Albrecht, nun wird's denn auch nicht höher; sie kann die runden Steine oben auf!"

Fortsetzung folgt.

den Doppelzentner und für Weiß auf 20 Prozent des Wertes erhöht werden sollte. Der Tag für die Belebungsfeststellung steht näher, als wir plötzlich durch die Meldung eines argentinischen Weizen-Exportverbotes um Mitte der Woche überrascht wurden. Doch hat der Haushaltungsausschuss des Sezesses das Dekret über das Weizenausfuhrverbot als verhältnismäßig erklär. Man wird abzuwarten haben, wie die Dinge darüber wirtschaftlich liegen und sich weiter entwickeln. Man muß sich aber klar darüber sein, daß die Frage, ob Europa, speziell auch Deutschland, die großen in Argentinien gelaufenen Weizengüten und die vermeintlichen weiteren Überflüsse an La Plata-Weizen bekommen wird oder nicht, um wichtiger, als ein Ertrag dafür nur von den Vereinigten Staaten zu erhalten wäre. Bis jetzt scheint man indessen weder in Amerika noch in Europa an eine längere Dauer des Weizenausfuhrverbotes am La Plata zu glauben. — Der amtliche Ackerbaubericht der Vereinigten Staaten für Juni meldet eine weitere Besserung für Winterweizen, dessen Ernteaussichten mit 504 Millionen Bushel (1 Bushel Weizen ist 27,7 Kilogramm) besetzt wird, gegen 484 Millionen im Vorjahr und 732 Millionen im Vorjahr. Wie vorausgeschehen ist die Anbausfläche des Sommerweizens mit 19 487 000 Acres (1 Acre sind 0,4 ha.) erheblich kleiner als das im Vorjahr abgebrückte Areal von 23 338 000 Acres. Trotzdem schätzt man die diesmalige Ernteaussicht für Frühjahrsweizen mit 277 Millionen Bushel größer als die letzjährige gebliebene mit 209 Millionen Bushel. — In Kanada hat der Frühjahrsweizen der beläufig nur einen geringen Teil der Landesbewohner ausmacht, im Winter durch die Wetterbedingungen den sehr ungewöhnlich geringen Ausfall von nur 4 Prozent erlitten, so daß 740 000 Acres gegen 673 000 in 1919 geblieben sind. Frühjahrsweizen ist infolge des langen schneereichen Winters, später als sonst bestellt, hat aber seitdem sofort eine schnelle und gute Entwicklung begonnen. Private Schätzungen nehmen in den restlichen Hauptweizenprovinzen infolge des verspäteten Anbaus einen Anbausfall von 13 bis 14 Prozent gegenüber der vorjährigen Zahl von 17,75 Millionen Acres an. Der endgültige Erntebereich Indiens meldet für die Hauptprovinzen einen Weizenertrag von 7 735 000 Tonnen gegen 5 761 000 bzw. 7 817 000 in 1919 und 1918. Auf grohe Ausfuhrüberschüsse rechnet man, wie schon früher mitgeteilt, in Indien vorläufig nicht.

Die in Frage kommende Viehversicherungsgesellschaft lehnte aber auf ihrerseits die Entschädigung für die gesetzten Tiere ab, da nach ihrer Meinung dem Besitzer nach geleglicher Vorschrift ein Anspruch auf Entschädigung aus öffentlichen Mitteln zu stande und nach der oben angegebenen Satzungsvorschrift damit der Anspruch gegen die Privatgesellschaft fortsetzt. Sie behandelte also den Fall, in dem ein Provinzialverband auf Grund des § 23 des Ausfuhrungsgesetzes freiwillig Entschädigungen übernommen hat, ebenso wie den Fall, in dem die Entschädigung von dem Provinzialverband auf Grund geleglicher Vorschrift geleistet werden muß.

Da bei dieser Sachlage die versicherten Viehbesitzer von seiner Seite entschädigt wurde, ist auf meine Veranlassung vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung mit den unter besonderen Aussicht stehenden größeren Viehversicherungsgesellschaften über diese Angelegenheit verhandelt worden. Die Gesellschaften haben sich darauf fast durchweg dazu bereit erklärt, an geeigneter Stelle ihren Versicherungsbedingungen folgenden Zusatz einzufügen:

"Wird ein Anspruch aus öffentlichen Mitteln abgelehnt, so leistet die Gesellschaft ihrerseits die bedingungsgemäß Entschädigung. Der Versicherungsnehmer ist in diesem Falle verpflichtet, seine Rechte der Gesellschaft abzutreten." Hierauf ist die Schadloshaltung des Viehbesitzers auf jeden Fall sichergestellt.

Ich ersuche, den Verbänden hieron Kenntnis zu geben. Berlin W. 9, den 3. März 1920. Leipziger Platz 10. Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. 3. A. ges. Unterschrift. Gesch.-Nr. JA. IIIg. 12261.

Die Herren Bürgermeister ersuchen mich, auf den vorstehenden Erlass des Landwirtschaftsministeriums die örtlichen Viehversicherungsvereine aufmerksam zu machen. Limburg, den 7. Juni 1920. L. 1629.

Der Landrat.

In dem Erlass des preußischen Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 1. November 1918 — St. I. 221 — ist in Ziffer 4 bestimmt, daß durch die Eintragung der Siedlungshypothek die notwendige Belebung des Bauvorhabens nicht erreicht werden soll. Wenn also infolge der Steigerung der Bauosten die Aufnahme von Baugeldern über den vom Verband festgesetzten Ertragswert hinaus erforderlich ist, stehen keine Bedenken entgegen, die Mieten entsprechend der höheren Zinsenlast festzusetzen. Dem stehen auch die Bundesratsbestimmungen vom 31. Oktober 1918 in seiner Weise entgegen.

Ich habe deshalb auch keine Bedenken dagegen, daß als Ertragswert die Differenz zwischen den Herstellungskosten und dem Uebersteuerungszuschuß angenommen wird. Berlin W. 66, den 12. Februar 1920. Leipziger Straße 3.

Der Preußische Minister für Volkswirtschaft. II. 13. 10.

Wird den Herren Bürgermeistern des Kreises und des Kreisbaurates im Anschluß an meine bezüglichen Veröffentlichungen vom 13. 3. bzw. 4. 6. 8. Ja. in den Limburger Kreisblättern Nr. 61 bzw. 129 zur Bescheidung etwaiger Interessen bekanntgegeben. Limburg, den 12. Juni 1920.

Der Landrat.

Berordnung betreffend die Auflösung der Silbermünzen. Vom 13. April 1920.

Auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzesgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft vom 17. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 394) wird von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und des von der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung gewählten Ausschusses folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die 1/2-Mark-Stücke, 1-Mark-Stücke 3-Mark-Stücke und 5-Mark-Stücke sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Mark-Stücke sind einzufügen; sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel.

§ 2. Bis zum 1. Januar 1921 werden 1/2-Mark-Stücke, 1-Mark-Stücke, 2-Mark-Stücke und 5-Mark-Stücke sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Mark-Stücke bei den Reichs- und Landesposten zu ihrem gesetzlichen Wert sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsbanknoten, Reichspfennignoten und Darlehnsnotennoten umgetauscht.

§ 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchsichtige und andere als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verschleierte Münzstücke keine Anwendung.

§ 4. Die Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 13. April 1920.

Der Reichsminister der Finanzen.

Dr. Wirth.

II. a. 1334. Von Gemeindeverwaltungen in dem an den Freistaat Danzig gefallenen Gebiet werden gleichfalls häufig Erträge um Eingehung fälliger Steuern an die Verwaltungen preußischer Gemeinden und Gemeindeverbände geleistet. Solange nicht vertragsmäßig die Gegenseitigkeit gesichert ist, wird derartigen Erträgen nicht stattgegeben sein. Der Freistaat Danzig versieht entsprechend. Eine vertragsmäßige Regelung der Angelegenheiten ist bereits in Angriff genommen. Berlin, den 7. Mai 1920.

Zugleich im Namen des Finanzministers.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: Meister.

IV. St. Danzig 3. Fin. Min. II, 4985.

Wird veröffentlicht.

Ich ersuche um Beachtung.

Limburg, den 25. Mai 1920.

R. A. 1754.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Erziehungsheim Schloss Werdorf, Kr. Wetzlar. Vorber. f. alte Klassen. Vor. Bepflan. Schöne, ges. Lage.

KI

Färberei und Chem. Reinigungsanstalt

Heinrich Wagner Nachl.,

färbt

Limburg a. d. L., Telefon 94

Annahmestellen: Frankfurterstr. 31,
Frankfurterstr. 37, Eschhöferweg 6.

Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt. — Trauersachen in 2 bis 3 Tagen.

Die glückliche Geburt eines kräftigen
Jungen

zeigen hoherfreut an

Rechtsanwalt Krücke u. Frau
Olga geb. Scheid.

Wiesbaden, 12. Juni 1920.

1(135)

Bekanntmachungen und Anzeigen
der Stadt Limburg.

Gemeindesteuern.

Notwendliche Mahnung.

Alle Steuerpflichtigen, welche mit Zahlung der 6. Rate
Gemeinde-Einkommenssteuer für das Steuerjahr 1919 noch
rückständig sind, werden hiermit aufgefordert, den Steuerrück-
stand bis zum 20. d. Mts. an die Stadtkasse einzuzahlen.

Nach Ablauf dieser Frist erfolgt ohne weitere Aufforderung
oder Benachrichtigung die steuerpflichtige Zwangseinforderung.

Limburg, den 15. Juni 1920.

6(135)

Die Stadtkasse.

Verkehr auf den Straßen und Bürgersteigen.

Es ist aufgefallen, daß die Bürgersteige mit Wagen, Hand-
wagen, Fahrrädern, Selbstfahrern und dergl. befahren werden.
Hierdurch wird der Fußgängerverkehr beeinträchtigt, auch wer-
den die Bürgersteige leicht beschädigt.

Ferner kann man täglich beobachten, daß an einigen
Straßenkreuzungen, z. B. Ecke Preuß. Hof und Evangl. Kirche
sich oft eine größere Anzahl von Personen auf den Bürger-
steigen aufstellt, die sich dort längere Zeit unterhalten und
hierdurch den freien Verkehr erheblich beeinträchtigen.

Die Einwohnerchaft wird gebeten, diese Unsitzen zu
unterlassen.

Die Polizeibeamten haben Anweisung erhalten, für Üb-
stellung der Wistände zu sorgen und muß daher etwaigen
Anordnungen derselben Folge gefüllt werden. Nachbefolgung
zieht Bestrafung nach sich.

Limburg, den 6. Mai 1920.

2(106)

Die Polizeiverwaltung.

Fussboden-Jack
mit und ohne Farbe,
Deckenbürsten,
Pinsel,
sowie sämtliche Farbwaren

empfiehlt das Farbengeschäft.

J. Arnet Nachf., Limburg

(Inh. Max Büdel).

5(135)

Salzgasse 8. Telefon 211.

Herren-Stärkewäsche

wäscht und bügelt

als Spezialität in bester Ausführung.

Waschen und bügeln der Kragen,
Manschetten und Vorhenden ::

— 80 Pfg. —

Nur bügeln 70 Pfg.

Lieferzeit 14 Tage.

Waschanstalt „Schneeweiss“ Limburg a. d. L.

Telefon 88. 15(128)

Büttlen, Büber, Eimer
und Buttermaschinen

in allen Größen vorrätig.

Karl Gemmer, Limburg (Lahn)

Küferei, Hütte, 1 Nr. 4 Hinter der Turnhalle.

Visitenkarte werden sauber angefertigt in der
Druckerei des Kreisblattes.

Herren-, Damen- und Kindergarderobe

getrennt und unzertrennbar.

Stoffe jeden Gewebes, Plüsch, Möbel-
stoffe, Woll- und Baumwollgarne,

Leinen, Gardinen usw. in den

haltbarsten und modernsten Farben,

reinigt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe

jeder Art,

Teppiche, Gardinen, Handschuhe,

Bettfedern usw.

Aufdümpfen von Sammet-Kostümen,

Aufbügeln von Herren- und Damen-

Garderobe

10(68)

Trauersachen in 2 bis 3 Tagen.

Die glückliche Geburt eines kräftigen
Jungen

zeigen hoherfreut an

Rechtsanwalt Krücke u. Frau
Olga geb. Scheid.

Wiesbaden, 12. Juni 1920.

1(135)

Walkmühlstr. 52.

Trauer-Kleider

werden innerhalb 24 Stunden gefärbt.

8(95)

Färberei Bender, Limburg a. d. L. • Tel. 88.

Annahmestelle Neumarkt.

Wirksames Inserationsorgan

ist der in

LIMBURG (Lahn)

im 53. Jahrgang
tägl. erscheinende



Gegründet
1888.

„Limburger Anzeiger“
Amtl. Kreisblatt.

1888
gegründet.

Anzeigenblatt

für die Bewohner

Limburgs und der Landgemeinden
in u. ausser dem Kreise Limburg.

Bezugspreis 3,60 M. monatlich.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-
Deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schifffahrts-Nachrichten
und Kupferstich-Bildern
Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:
Ausgabe A (mit Volks-Anzeigen):
monatl. M. 6.—, vierteljährl. M. 18.—
Ausgabe B (ohne Volks-Anzeigen):
monatl. M. 5.—, vierteljährl. M. 15.—
Probenummer kosten- u. portofrei.

Weit über 150000 Abonnenten.

Such zum 1. Juli
einfache Stütze

bei böhem. Lohn. Angebote
mit Zeugnis zu richten an
Frau Oberregierungsrat
Florschütz in Wiesbaden.

2(128) Alexanderstr. 11, I. St.

Weiteres Mädel
tückiges Mädchen
für Küche und Haus gesucht.

Frau Anna Groß,
18(132) Frankfurterstr. 27a.

Freibank

geg. Gleicharten. Donner-
tag den 17. Juni, von vorm.
11—12¹/₂ Uhr von Karten Nr.
1001—1300 und nachm. von
3—4¹/₂ Uhr v. Karten Nr. 1 bis
500. Preis à Pf. 5 u. 6 M.

■ ■ ■

Jugendlichen unter 17 Jahren
ist der Eintritt strengstens
unteragt. 4(135)

Eingang nur Neumarkt.

Nordhäuser Kan-Tabak
für Biederverkäufer
aus prima Kentucky-Tabak
hergestellt, garant. Friedens-
ware, per Stück 1,60 M.
Lieferung franco. 4(126)

Gustav & Paul Labort
Cigaren und Zigaretten
Verkaufsstelle.
Großhändlerbank für
Tabakwaren

Mit hoher Anzahlung hat
Gast- oder Pensions-
haus ob. auch Hausrund-
stück mit oder ohne Gelände
zu kaufen. Ausführl. Anschl.
mit Preis an H. 161 „Stella“
Ann.-Expedition, Hannover.
Edelstr. 15. 3(13)

Deutsche Warte

Tageszeitung
für Lebens-, Wirtschafts- und
Bodenreform

mit den Beiblättern

Land- und Hauswirtschaft — Geund-
heitswarte — Jugendwarte — Der
Sonntag — Frauenzeitung und täg-
liches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark

Berlin NW 6.

Molleseile, Bindeseile,
Grenstränge, Nadelreinen,
Bindegarne, Bindfäden,
Drahtheile sowie sämtl. Stierwaren
in la Friedensqualität billig. 2(124)

en gros J. Schupp en detail
Seileret, Limburg, Frankfurterstr. 15, Fernruf 277.

Feldhüter-Anzeigebücher

mit Dienstanweisung.

Feldhüter-Anzeigeformularer

nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Prima Apfelwein

abzugeben.

Küferei und Weinhandlung

K. Gemmer,

Austraße 1, 4, hinter der Turnhalle.

Lehrverträge

zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei